

Die KPD und der Antisemitismus

Während das Quellenmaterial zur Frage, wie die KPD dem Nationalismus begegnete, recht umfangreich ist, so trifft auf den Komplex "KPD und Antisemitismus" in der Weimarer Republik das Gegenteil zu. Die Partei setzte sich mit dieser Problematik schlichtweg kaum auseinander. Auch für die Komintern spielte das Thema Antisemitismus keine wesentliche Rolle. Neben einigen wenigen Artikeln in kommunistischen Zeitschriften sind bis 1935 nur zwei Publikationen der KPD zum Thema Antisemitismus bekannt: Das Buch des österreichischen Kommunisten Otto Heller mit dem Titel "Der Untergang des Judentums" (1931)¹ und ein offizielles Dokument der KPD zum Thema "Kommunismus und Judenfrage"² (1932).

Mehrere Gründe dürften hierfür maßgeblich sein: Zum einen war Antisemitismus kein genuines Wesensmerkmal des zur Macht gekommenen italienischen Faschismus, mit dem sich die kommunistische Bewegung seit den zwanziger Jahren beschäftigte und der eine wesentliche Grundlage ihrer Faschismustheorie bildete. Die Bedeutung des Antisemitismus für den Nationalsozialismus wurde von der KPD daher erheblich unterschätzt. Zweitens dürfte der Antisemitismus in den Reihen der Stalinschen KPdSU, den es trotz Verbesserungen für die Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion im Vergleich mit ihrer Situation unter dem Zarismus gab, für diese Ignoranz mitverantwortlich sein. Außerdem begriff sich die KPD nie als Interessenvertretung der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Zwar bekundete sie stets ihre Solidarität mit dem jüdischen Teil des Proletariats. Dieser jedoch war zahlenmäßig sehr klein. Die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden gehörten überwiegend dem (Klein-)Bürgertum an und stimmten bei Wahlen nur selten für die KPD. Der jüdische Anteil an der Mitgliedschaft der KPD lag durchschnittlich etwas niedriger als derjenige an der Gesamtbevölkerung: Mitte der zwanziger Jahre waren es 0,7% gegenüber 0,93%³. Dennoch hätte der ständig wachsende Antisemitismus in Deutschland für die KPD Grund genug sein müssen, sich stärker mit ihm auseinanderzusetzen und ihn entschiedener zu bekämpfen. Dafür hätte sie allerdings eine andere Antisemitismus-Analyse haben müssen. Die KPD begriff Antisemitismus jedoch im wesentlichen als bloßen Auswuchs des kapitalistischen Systems, der von selbst mit dem Untergang des Kapitalismus verschwinden würde. Dementsprechend wertete sie Antisemitismus als "die absolute Reaktion", "die Konterrevolution in Reinkultur", "de[n] wütende[n] Feind der proletarischen Emanzipation". Die einzige Möglichkeit, den Antisemitismus zu vernichten, sei daher "die Beseitigung des gesamten Kapitalismus (ob jüdisch oder christlich)"⁴.

Das Zitat deutet an, wovon die KPD maßgeblich ausging: daß mit dem Antisemitismus nicht in erster Linie Jüdinnen und Juden getroffen werden sollten, sondern die Arbeiterbewegung, vor allem ihr revolutionärer Teil. Antisemitismus wurde also als

verkappter Antikommunismus wahrgenommen. Generell diene Rassismus im allgemeinen – und Antisemitismus im besonderen – der Bourgeoisie zur Verschleierung des Klassengegensatzes, als Ablenkungsmanöver vom eigentlichen Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und als Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse. Noch im 1935 erschienenen Werk "Der Herren eigener Geist" von Hans Günter heißt es:

"Seit dem Mittelalter sind die Judenverfolgungen ein beliebtes Ventil, den Zorn der ausgesogenen Bevölkerung von der herrschenden Klasse abzulenken. Diese bewährte Kulturtradition macht sich die völkische Rassistheorie zunutze. Sie bezeichnet die Juden ... als das minderwertigste aller Völker. ... Der eigentliche Feind, der mit der antisemitischen Hetze getroffen werden soll, ist [jedoch] nicht das Judentum, sondern der Kommunismus!"⁵

Dem in diesem Zitat beschriebenen Spaltungsversuch versuchte die KPD entgegenzutreten, indem sie erklärte:

"Für uns gibt es auf dieser Welt nur zwei Völker, zwei Klassen: Die Arbeiter und die Ausbeuter, die Besitzenden und die Besitzlosen. ... Für uns gibt es weder Christen noch Juden, weder Deutsche noch Russen, noch Franzosen, noch Briten! Für uns Kommunisten gibt es nur die Kapitalisten und die Ausgebeuteten. Der christliche Wucherer erscheint uns genauso verabscheuungswürdig wie der jüdische, Stinnes genauso wie Rothschild."⁶

Zum einen deutet sich hier bereits an, daß sich die KPD für ihre antikapitalistische Agitation notfalls auch antisemitischer Stereotypen bediente (im angeführten Zitat etwa ist es das Klischee des "jüdischen Wucherers"). Zum anderen legt die Sichtweise der KPD nahe, daß Antisemitismus nur für die arbeitende jüdische Bevölkerung eine konkrete Gefahr dargestellt hätte. Die Reihen des Kapitals hingegen schienen geschlossen. So behauptete etwa das KPD-Zentralorgan *Die Rote Fahne* 1932 in einem Artikel mit der Überschrift "Hitler als Retter der reichen Juden", die "Judenhetze" diene "den Nazis zur Irreführung ihrer AnhängerInnen. Sie selbst werden dem reichen Juden nicht ein Haar krümmen, wie auch Mussolini den reichen Juden kein Haar gekrümmt hat"⁷. Hermann Duncker, in der KPD vor allem auf dem Gebiet der Schulung tätig, schrieb: "Die Kapitalistenklasse opfert zu ihrer Selbsterhaltung schließlich auch einige jüdische Mitläufer und Kleinverdiener – die jüdischen Großverdiener finanzieren, wenn nötig, selbst den Hitlerismus –, um als faschistische ‚Schutzjuden‘ ihr Kompagniegeschäft mit dem christlichen Kapital ungestört weitertreiben zu können."⁸

Für die KPD war Antisemitismus also ausschließlich eine Klassenfrage. Diese Analyse führte zeitweise dazu, entweder selbst antisemitische Töne anzuschlagen – um so die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus spalten zu können – oder die Beschäftigung mit der Thematik weitgehend zu unterlassen, um potentielle neue Mitglieder und AnhängerInnen nicht zu verschrecken. In ähnlicher Art und Weise verfuhr die Partei ja bereits mit nationalistischem Gedankengut. Hintergedanke war auch hier, die angeblich nur verführten ArbeiterInnen und KleinbürgerInnen – die für die KPD eigentlich

„ehrliche“ AntikapitalistInnen waren – auf den „richtigen“ Weg zu bringen. Es gibt Beispiele, wo führende Vertreter der KPD der extremen Rechten bescheinigen, ihr Kampf gegen das jüdische Kapital trenne sie nicht voneinander. Die KPD gehe nur weiter, weil sie auch gegen das christliche Kapital zu Felde ziehe.

Ganz in diesem Sinne äußerte sich zum Beispiel das ZK–Mitglied Ruth Fischer am 25. Juli 1923 auf einer Versammlung von kommunistischen StudentInnen, zu denen auch völkische Kommilitonen eingeladen waren. Dem *Schlageter–Kurs* folgend, richtete sie sich laut SPD–Zentralorgan *Vorwärts* mit folgenden Worten an letztere^A:

„Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner?“⁹

Offen antisemitische Worte fielen wenige Tage später auch bei einer Ansprache von Hermann Remmele, Mitglied der Zentrale der KPD, auf einer von völkischen Gruppen organisierten Versammlung in Stuttgart. Als Remmele zunächst erklärte, Antisemitismus sei seit jeher ein Mittel gewesen, um unwissende notleidende Menschen von den wahren Ursachen für ihre Misere abzulenken, erntete er vom Publikum heftigen Widerspruch. Daraufhin beschwichtigte er die ZuhörerInnen: Er verstehe ihren Antisemitismus sehr gut. Man brauche nur zum Viehmarkt und in die Schlachthöfe in Stuttgart zu gehen. Dort könne man sehen, wie die meist jüdischen Viehhändler zu irgendeinem Preis verkauften, während Stuttgarts Metzger mit leeren Händen weggingen, weil sie das Geld nicht hätten, um den verlangten Preis zu bezahlen. Wörtlich bemerkte Remmele:

„Sie, die Faschisten, geben nun an, das jüdische Finanzkapital zu bekämpfen. Schön. Tun Sie das! Einverstanden. (Stürmischer Beifall bei den Faschisten.) Aber Sie dürfen eines nicht vergessen, das Industriekapital! (Zurufe bei den Faschisten: ‚Bekämpfen wir genau so!‘) Denn in Wirklichkeit ist das Finanzkapital nichts anderes als jenes Industriekapital.“¹⁰

Diese beiden Beispiele zeigen, daß Teile der KPD durchaus bereit waren, ihren Antikapitalismus antisemitisch einzufärben, wenn sie der Ansicht waren, diese Strategie könnte ihnen dienlich sein. Von Zeit zu Zeit wiesen sie außerdem darauf hin, daß Jüdinnen und Juden in der Partei keine besondere Rolle spielten. Der bereits erwähnte

^A Das Zitat im *Vorwärts* beruht auf einem anonymen Augenzeugenbericht. Seine Authentizität ist dementsprechend nicht gesichert. Silberner (1979, S. 290) schreibt jedoch, Ruth Fischer habe den Bericht in der SPD–Zeitung nie dementiert, während sie wenige Tage später die unkorrekte Wiedergabe eines politischen Witzes von ihr in derselben Publikation umgehend bemängelt habe. Fast 30 Jahre später bestritt Ruth Fischer in einem Buch den Wortlaut des Zitats im *Vorwärts*. Sie habe lediglich gesagt, daß der Kommunismus nur dann für die Bekämpfung der jüdischen Kapitalisten sei, wenn alle Kapitalisten, jüdische wie nichtjüdische, Ziel des gleichen Angriffs seien. Vgl. Fischer, 1950, S. 344. Diese Richtigstellung ist jedoch wenig überzeugend, da der *Schlageter–Kurs* antisemitische Ausfälle wie den zitierten durchaus in Kauf nahm und das Dementi nach Auffassung von Silberner zudem reichlich spät kam.

ehemalige Reichswehroffizier und NSDAP–Überläufer Richard Scheringer etwa bemerkte 1931 in einer für nationalistische Kreise bestimmten Broschüre, es sei interessant, daß im ZK der KPD kein einziger Jude mehr sitze¹¹. Die kommunistische Zeitung *Welt am Abend* hielt es im selben Jahr für berichtenswert, daß in ihrer Redaktion "schon seit längerer Zeit nicht ein einziger Jude"¹² mehr tätig sei. Offenkundig sollten solche Feststellungen die Attraktivität der KPD für vermeintlich irreführte NationalistInnen und AntisemitInnen erhöhen.

Karl Marx' Erkenntnisse zum Fetischcharakter der Ware und des Kapitals – und die damit zusammenhängenden antisemitischen Konnotationen – fanden weder in die Theorie noch in die Praxis der KPD Eingang. Mit ihrer vollkommen simplifizierenden Kapitalismusanalyse und ihrem nicht minder vereinfachenden Faschismusbegriff war sie nicht einmal in Ansätzen in der Lage wahrzunehmen, welche weltanschaulichen Ansprüche der moderne Antisemitismus hat und daß er erheblich mehr ist als ein einfaches Spaltungsinstrument der herrschenden Klasse, um vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit abzulenken. Die Versuche, angeblich nur irreführte, ansonsten aber grundsätzlich antikapitalistisch gesonnene AnhängerInnen der Nazis aus Proletariat und Kleinbürgertum auf den "richtigen" Weg zu führen, blieben ineffektiv und hilflos. Es genügte nicht, monoton darauf hinzuweisen, daß zum Kapital nun einmal auch das Industriekapital gehört und nicht nur das *Finanzkapital*. Denn der KPD war selbst nicht klar, warum die NSDAP einseitige Attacken gegen letzteres fuhr – also konnte sie es auch nicht den vermeintlich bloß Verführten verdeutlichen. Hinzu kommt, daß von der Existenz einer antikapitalistischen Sehnsucht breiter Bevölkerungsteile – und von dieser ging die KPD ja unentwegt aus – schlicht nicht die Rede sein konnte. Die meisten hatten keine prinzipiellen Einwände gegen den Kapitalismus, sondern lediglich gegen dessen als negativ eingestufte abstrakte Seite. Es ist müßig zu spekulieren, ob eine gezielte und theoretisch unterfütterte Kapitalismusanalyse Abhilfe hätte schaffen können. Die Linie der KPD konnte jedenfalls nichts dazu beitragen, schon gar nicht, wenn auch noch antisemitische Klischees ins Repertoire der eigenen Politik aufgenommen wurden.

So war beispielsweise die Aufforderung der KPD an Jüdinnen und Juden, sich zu assimilieren, angesichts der ökonomistischen Aufteilung in Ausbeutende und Ausgebeutete zwar konsequent, vereinfachte die Problematik aber erneut viel zu sehr. Aus der richtigen Feststellung und Kritik, daß Jüdinnen und Juden in der Geschichte stets in bestimmte soziale Funktionen gezwungen worden waren, zog die Partei eine verkürzte Schlußfolgerung. Wer zu etwas genötigt wird, kann nicht für die Ressentiments ihm bzw. ihr gegenüber haftbar gemacht werden. Ohne einen antisemitischen Kontext hätte der Appell an Jüdinnen und Juden, ihre Klassenzugehörigkeit über ihre nationalen und religiösen Besonderheiten zu stellen, zwar durchaus einen Sinn haben können. In einer

Gesellschaft wie der deutschen jedoch, in der Antisemitismus – auch schon zu Zeiten der Weimarer Republik – den völkischen Kitt für die Konstruktion der *Volksgemeinschaft* bildete, kann eine solche Herangehensweise schnell zu einer Vertauschung von TäterInnen und Opfern führen. In einem Klima des Chauvinismus und Rassismus wurde der Begriff "Assimilation" nämlich nicht mehr als soziale, sondern als nationalistische Kategorie wahrgenommen. "Assimilation" erschien vor diesem Hintergrund als Aufforderung zur Anpassung an die – deutsche – Mehrheitsbevölkerung und Dominanzkultur. Daran hatte die KPD durchaus ihren Anteil: Wer Zuspruch von NationalistInnen und RevanchistInnen sucht und sich dazu deren Wortwahl bedient, trägt mehr zur Verwirrung als zur Klarstellung bei. Zudem ignorierte die Partei geflissentlich, daß in Deutschland Jüdin oder Jude war, wen die Nazis und die sie tragende Mehrheitsbevölkerung ideologisch dazu machten. Selbst wenn Jüdinnen und Juden also ihre "Assimilation" gewollt hätten, wäre dieser Entschluß ohne Belang gewesen. Das mußten beispielsweise zahllose Jüdinnen und Juden am eigenen Leib erfahren, die noch mit Begeisterung auf deutscher Seite in den Ersten Weltkrieg gezogen waren. Ihr Bekenntnis, sich in erster Linie "als Deutsche zu fühlen", schützte sie nicht vor ihrer Vernichtung.

Die von der KPD unternommene Analyse der Geschichte des Antisemitismus und seiner Klischees führte sogar bisweilen dazu, daß die Schuld für die Verfolgung bei den Verfolgten selbst gesucht wurde. So ließ etwa das Zentralkomitee der KPD verlautbaren, daß der "soziale Druck", der sich jüdischen ArbeiterInnen "als Juden fühlbar macht, nur zu beseitigen ist durch die endgültige Vernichtung aller Voraussetzungen der besonderen Geschichte der Juden, die in ihren Folgeerscheinungen zu dem besonderen Druck, der auf den werktätigen Juden lastet, führt"¹³. Begriffe wie "sozialer Druck" und "Folgeerscheinungen" schließen dabei zumindest nicht aus, daß dem Antisemitismus in der Bevölkerung ein gewisses Maß an Verständnis – und weitere Nahrung – auch durch KommunistInnen zuteil wird. Deshalb muß die KPD aus linker Sicht besonders hart kritisiert werden. Wenn sie schon feststellte, daß es sich um eine Projektion von Nöten und Ängsten existenzbedrohter Kreise handelte, mußte sie der Projektion nicht noch eine rationale Legitimation geben – auch dann nicht, wenn sie um die Projizierenden buhlte.

Dennoch war Antisemitismus kein originäres Kennzeichen der Politik der KPD. Mario Keßler etwa stellt fest, daß es "innerhalb der Partei .. Anzeichen von antisemitischen Tendenzen" gegeben hat, die jedoch "zu keiner Zeit bestimmend für die Haltung der KPD zur jüdischen Frage"¹⁴ geworden seien. Auch Edmund Silberner, der ansonsten schonungslos mit der KPD ins Gericht geht, stellt fest, daß es in ihr

"zeitweise antisemitische Unterströmungen gab und daß die kommunistische Propaganda sich gelegentlich antijüdischer Äusserungen bediente. Doch wäre es eine gewaltige

Übertreibung, in der KPD eine antisemitische Partei zu sehen. Die KPD machte dem Antisemitismus eine Konzession, indem sie die Zahl ihrer Abgeordneten jüdischer Abstammung stufenweise bis auf Null reduzierte. Der Antisemitismus wurde als Waffe in den innerparteilichen Kämpfen benutzt. Ferner bediente sich die KPD gelegentlich des Antisemitismus, um einen Teil der nationalsozialistischen Volksmasse an sich zu ziehen. All dies war aber eine – wenn auch potentiell nicht ungefährliche – Randerscheinung.”¹⁵

Antisemitismus hatte also, im Gegensatz zum Nationalismus, bei der KPD keinen programmatischen Charakter. Trotzdem läßt er sich genauso wenig positiv wenden – der diesbezügliche zeitweilige Versuch der KPD verbot sich eigentlich von selbst. Der Verweis auf die Klassenanalyse der Partei kann dabei Erklärung, aber nicht Entschuldigung sein. Vielmehr gilt, wie Traverso treffend feststellte, daß auch in der Weimarer Republik die ”Linke gegenüber dem Antisemitismus ihre traditionell gleichgültige und bagatellisierende Haltung”¹⁶ beibehielt. Das Modell des italienischen Faschismus wurde viel zu schematisch auf Deutschland übertragen. Daß die KPD nach ihrem Verbot zuerst die Repression gegen sich selbst thematisierte und sich darin bestätigt fühlte, daß der Faschismus zuvörderst die Arbeiterbewegung trifft, ist zwar nachvollziehbar. Die Unterschätzung der Bedeutung des Antisemitismus für die Mehrheitsbevölkerung im allgemeinen und für die Nazis im besonderen gab es jedoch auch schon vorher.

In der KPD bewirkten erst die antisemitischen Pogrome von 1938 eine Änderung ihrer Sichtweise der Gefährdung von Jüdinnen und Juden^B. Zwar hörte die Partei nicht auf zu behaupten, alle ”anständigen Deutschen”¹⁷ – und das war für die Partei die Mehrheit der Bevölkerung – würden dem Antisemitismus mit aller Kraft entgegentreten, was den bekannten Tatsachen widersprach. Dennoch sah sie ein, daß das ”jüdische Kapital” eben nicht untrennbar mit dem ”nichtjüdischen” verbunden war – die ”Arisierung” hatte das Gegenteil bewiesen. Was folgte, war die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden ungeachtet der Klassenzugehörigkeit.

¹ Heller, 1931.

² Kommunismus und Judenfrage, 1932, S. 272–286.

³ Vgl. Silberner, 1979, S. 283f.

⁴ ”Die antisemitische Reaktion”, in: Neue Zeitung (München) Nr. 273, 23. Dezember 1922, zit. nach: Silberner, 1979, S. 285f.

⁵ Günter, 1935, S. 84.

⁶ Aus einem KPD–Flugblatt zu Beginn der 20er Jahre, zitiert nach: Traverso, 1995, S. 188.

⁷ ”Hitler als Retter der reichen Juden”, in: Die Rote Fahne Nr. 76, 9. April 1932.

⁸ Aus Hermann Dunckers Besprechung von Lenins Aufsatz ”Über die Judenfrage”, in: Internationale Presse–Korrespondenz (Inprekorr) Nr. 88, 10. Mai 1932, S. 1184.

⁹ ”Hängt die Judenkapitalisten. Ruth Fischer als Antisemitin”, in: Vorwärts (Berlin) Nr. 390, 22. August 1923.

¹⁰ ”Rede des Genossen Remmele in der Faschistenversammlung in Stuttgart”, in: Die Rote Fahne Nr. 183, 10. August 1923, Beilage.

¹¹ Vgl. Silberner, 1979, S. 297.

^B Im November 1938 verteilte die illegale KPD in Berlin eine Ausgabe der *Roten Fahne* mit der Schlagzeile: ”Gegen die Schmach der Judenpogrome!” Vgl. Lustiger, 1997, S. 51.

¹² "Mordhetze. Goebbels fabriziert Proskriptionslisten", in: Welt am Abend (Berlin) Nr. 179, 4. August 1931.

¹³ Kommunismus und Judenfrage, 1932, S. 286.

¹⁴ Keßler, 1993 (1), S. 59.

¹⁵ Silberner, 1979, S. 298.

¹⁶ Traverso, 1995, S. 185f.

¹⁷ Vgl. Frei, Bruno: "Der Pogrom der 'Braunen Hundert'", in: Rundschau Nr. 56, 17. November 1938, S. 1925.